

Flüchtlingsrat in Existenznot

Mit Unverständnis und heftiger Kritik reagiert der Krefelder Flüchtlingsrat auf die von Landesintegrationsminister Stamp kurzfristig erlassene neue Richtlinie für das Förderprogramm „soziale Beratung von Flüchtlingen“. „Wir erhalten seit Jahren diese Fördermittel, die bisher in Übereinstimmung und abgestimmt auf die unterschiedliche Größe der Beratungsstellen vom Ministerium einvernehmlich zur Verfügung gestellt wurden. Umso unverständlicher ist die jetzt ohne Rücksprache erfolgte Kürzung der Mittel zu Jahresbeginn“, betont Ute Richter, Vorsitzende des Flüchtlingsrates. Die Änderungen bedrohten insbesondere kleine, freie Träger wie den Flüchtlingsrat Krefeld. Wenige Tage vor Ablauf der Antragsfrist 2021 habe das Ministerium neue Richtlinien erlassen. Damit komme eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung auf die Träger der sozialen Beratung für Geflüchtete zu. Den Krefelder Flüchtlingsrat bringe diese Änderung an die Grenzen der Belastbarkeit. „Im neuen Jahr entsteht wahrscheinlich ein Mehrbedarf im fünfstelligen Eurobereich, den wir zukünftig zusätzlich aus Spendengeld finanzieren müssen“, kritisiert die Vorsitzende des Flüchtlingsrates. Die Weiterbeschäftigung der erfahrenen und hochqualifizierten Mitarbeiterinnen mit speziellen Fremdsprachenkenntnissen ist damit nach Ansicht des Flüchtlingsrates zumindest langfristig in Frage gestellt.

Red

Westdeutsche Zeitung Krefeld

26/11/20